

---

05.06.2019

# STELLUNGNAHME

## Mehrjähriger Finanzrahmen 2021-2027

Die Bundesregierung hat zugesagt, im Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021 bis 2027 mehr Geld für den Europäischen Haushalt bereitzustellen. Das Europabüro der Metropolregion Frankfurt-RheinMain begrüßt diese Ankündigung als Schnittstelle zwischen der Metropolregion und Brüssel ausdrücklich.

Es gilt nun, diese Absichtserklärung, die u. a. im Koalitionsvertrag zwischen Union und SPD festgehalten wurde, durch konkrete Zusagen in den Ratsverhandlungen zu unterlegen. Um ein starkes Europa und eine gelungene europäische Zusammenarbeit gestalten zu können, sind ausreichend finanzielle Mittel erforderlich. Es ist nun Aufgabe der Bundesregierung, ein entscheidendes Signal an die anderen europäischen Mitgliedsstaaten zu senden.

### Fokus auf neue Herausforderungen

Der Brexit verursacht bei den Einnahmen im europäischen Haushalt eine Lücke. Gleichzeitig erfordern die Herausforderungen der kommenden Jahre aber eine gemeinsame europäische Antwort. Insbesondere bei einer wirksamen Klimaschutzpolitik, dem Mobilitätswandel, einer nachhaltigen Energiewende, der Digitalisierung und der Migrationspolitik müssen die Zielvereinbarungen der EU und ihre koordinierte Umsetzung zwischen den Mitgliedsstaaten auf eine zielgerichtete, finanzstarke Förderkulisse treffen. Nur so können effektive Schlüsselprojekte in den Regionen und Kommunen umgesetzt werden.

Der Mehrwert europäischer Investitionen wird gestärkt, wenn sich die Prioritäten der zukünftigen EU-Förderlandschaft an den konkreten Herausforderungen vor Ort orientieren. Mit einer fokussierten Ausrichtung des kommenden MFR kann deshalb sichergestellt werden, dass die europäische Zusammenarbeit durch innovative Projekte vor Ort erkennbar bleibt. Das stärkt die öffentliche Anerkennung und leistet einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Europäischen Union.

Das Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain setzt sich vor diesem Hintergrund für die Berücksichtigung folgender Forderungen ein:

## 1. Regionalförderung auch für Leistungsträger

Das Europabüro FrankfurtRheinMain begrüßt ausdrücklich, dass die EU-Regionalförderung auch nach 2020 weiterhin allen Regionen zur Verfügung stehen soll. Damit diese aber auch vor Ort spürbar wird, ist eine ausreichende Mittelausstattung erforderlich. Starke Metropolregionen sind dabei wichtige Impulsgeber und Leistungszentren für die europäische Wettbewerbsfähigkeit. Neben Umwelt-, Lärm und Verkehrsbelastungen sind sie auch mit besonderen Entwicklungs Herausforderungen wie Siedlungsdruck, Integration oder Fachkräftemangel konfrontiert. Diese besonderen Herausforderungen sollten bei der Ausgestaltung des MFR berücksichtigt werden.

## 2. Wettbewerbsfähigkeit durch Investitionen in Forschung, Innovation und Digitalisierung

Um unsere Position als dynamischer Wissens- und Innovationsraum bewahren zu können, ist der von der Europäischen Kommission vorgeschlagene Akzent auf Forschung, Innovation und Digitalisierung in der künftigen EU-Förderlandschaft erforderlich. Vor diesem Hintergrund sind die konkreten Budgetvorschläge des Europäischen Parlamentes (EP) als wünschenswert und der ursprüngliche Finanzvorschlag der Kommission als notwendig zu beurteilen. Das Europabüro FrankfurtRheinMain fordert die Bundesregierung dazu auf, sich für die Ausweitung des Programms „Horizont Europa“ sowie die Neueinrichtung des Programms „Digital Europe“ stark zu machen.

## 3. Mehr Unterstützung im Verkehrssektor

Der Verkehrssektor hat einen starken Einfluss darauf, ob die Klimaschutzziele von Paris erreicht werden können. Ein Mobilitätswandel ist für eine leistungsfähige und lebenswerte Metropolregion notwendig. Vorgaben der europäischen Gesetzgebung, wie die jüngst erfolgten, sollten deshalb von europäisch geförderten Pilotprojekten vor Ort begleitet werden. Die im Verkehrsteil des vorläufigen Verhandlungskompromisses der zukünftigen Connection Europe Facility (CEF) festgehaltenen Prioritäten sind vor diesem Hintergrund zwar sehr zu begrüßen, sind aber nicht mit ausreichend Budget ausgestattet. Nach Abzug der nur für Kohäsionsländer verfügbaren sowie der für die militärisch-zivile Doppelnutzung reservierten Mittel, droht der CEF sogar eine Kürzung. Das Europabüro FrankfurtRheinMain spricht sich deshalb für die vom Europäischen Parlament geforderte Budgetsumme von 33,51 Mrd. Euro aus. Nur so kann den Herausforderungen der kommenden Transformationsprozesse gerecht begegnet werden.

## 4. Echte Mitverantwortung der Metropolregionen und funktionaler Räume

Die Kommunen und Regionen leisten einen zentralen Beitrag zur wirksamen Umsetzung der europäischen Förderziele. Insbesondere im Kontext des deutschen Föderalismus ist es deshalb nicht ausreichend, die Beteiligung nur auf die Rolle der Bundesländer zu fokussieren.

- ★ In der kommenden Förderperiode sollten die Metropolregionen und die funktionalen Räume bei der Programmierung und Umsetzung der Kohäsionspolitik von den Ländern in einer echten Partnerschaft stärker beteiligt werden.
- ★ Die „Bottom-up“-Instrumente in der Regionalpolitik, wie „Integrierte Territoriale Investitionen“ (ITI) und „von der örtlichen Bevölkerung betriebene Maßnahmen der lokalen Entwicklung“ (CLLD), bieten Potential, das in Deutschland bisher fast ungenutzt bleibt. Es ist deshalb wünschenswert, in den Vereinbarungen zwischen Bund und Ländern auf eine stärkere Nutzung dieser Instrumente zu insistieren.

- ★ Im Falle einer engeren Verzahnung zwischen den EU-Förderprogrammen und dem Europäischen Semester sollten Regionen und Kommunen ebenfalls in diese Prozesse eingebunden sein.

Ein handlungsfähiges, lösungsorientiertes, bürgernahes und fokussiertes Europa erfordert ein entsprechendes Engagement der Bundesregierung im Europäischen Rat. Um Planungssicherheit zu erhalten und Kontinuität zu bewahren, ist aus Sicht des Europabüros der Metropolregion FrankfurtRheinMain eine zeitnahe Einigung auf einen finanzstarken MFR von zentraler Bedeutung.